



REPORT

Hass gegen junge Klimaaktivist:innen

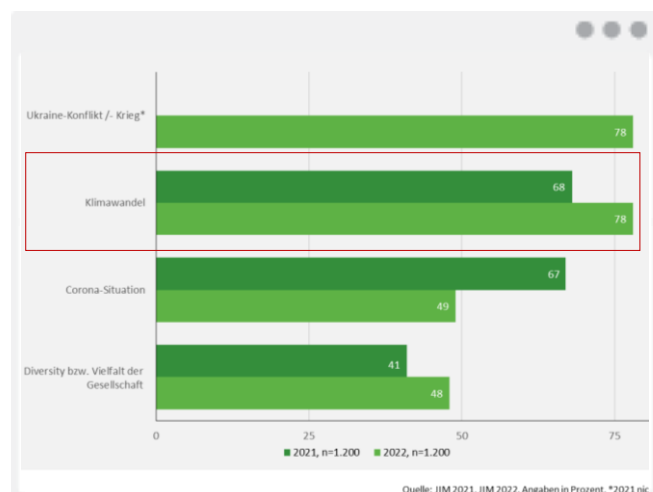
Herabsetzungen, Verschwörungs- und Gewaltfantasien
in Social-Media-Kommentaren können Minderjährige
verstören

August 2023

Kaum ein Thema beschäftigt die Gesellschaft so sehr wie der Klimawandel. Auch für Kinder und Jugendliche ist es eine der drängendsten Sorgen. Zugleich spaltet die Frage, wie gegen die menschengemachte Erderwärmung vorzugehen ist, die Öffentlichkeit. Junge Menschen, die sich im Netz informieren und mitdiskutieren, können in diesem Kontext schnell auf Desinformationen, Abwertungen oder sogar Gewaltfantasien stoßen. jugendschutz.net stellte fest, dass hiervon auch Kommentarbereiche der Social-Media-Auftritte junger und reichweitenstarker Klimaaktivist:innen betroffen sind, die für Jugendliche Identifikationspotenzial bieten. Wenngleich die meisten der registrierten Hass-Kommentare keinen jugendmedien-schutzrechtlichen Verstoß darstellen, können abwertende Wut-Äußerungen junge User:innen verunsichern, einschüchtern sowie Hass als akzeptabel erscheinen lassen.

Klimawandel: Zentrales Thema für Kinder und Jugendliche im Netz

Die aktuelle [JIM-Studie](#) 2022 zeigt wie bereits jene davor: Der Klimawandel ist zusammen mit dem Ukraine-Krieg das relevanteste Thema, über das sich junge Menschen online informieren. 78 % der 12- bis 19-Jährigen gaben 2022 an, sich sehr für den Klimawandel zu interessieren – mehr noch als im Jahr 2021. Dieser Stellenwert in jugendlichen Online-Lebenswelten ist wenig verwunderlich, denn bereits seit Jahren engagieren sich vornehmlich junge Menschen etwa in der bundesweiten wie internationalen Klimabewegung „Fridays For Future“.



Interesse an aktuellen Themen 2022: „Klimawandel“ unter jungen Menschen seit 2021 noch gestiegen.
(Quelle: JIM-Studie 2022)

Ob Instagram, TikTok oder YouTube: Neben der Google-Suche nutzen junge User:innen Social-Media-Dienste intensiv, um sich gezielt über Umwelt, Klima und andere Themen sowie das aktuelle Tagesgeschehen zu informieren. Dieselben Dienste werden auch von reichweitenstarken und bisweilen durch Fernsehauftritte bekannte Aktivist:innen der Klimabewegung genutzt, um über ihr Engagement zu berichten und Öffentlichkeit für ihr Wirken herzustellen.

Aufbau der Recherche

Für die Recherche zu möglichen Jugendschutzverstößen bei Informationsangeboten zum Thema Klimawandel konzentrierte sich jugendschutz.net auf Social-Media-Profile mit starkem Jugendbezug. In den Blick genommen wurden die Kommentarbereiche der reichweitenstarken bzw. bekannten Klimaaktivist:innen Luisa Neubauer, Greta Thunberg, Maurice Conrad (alle drei Aktivist:innen von „Fridays for Future“) sowie Carla Hinrichs („Letzte Generation“). Alle engagieren sich aktiv in der Aufklärungs- und Präventionsarbeit für den Klimaschutz und haben viele Minderjährige unter ihren Follower:innen.

Die ausgewählten Klimaaktivist:innen nutzen mehrere Social-Media-Dienste, wobei sich die Recherche auf Instagram, Twitter und TikTok beschränkte. Verlinkte Inhalte, etwa auf YouTube, wurden cursorisch gesichtet.

Junge User:innen sind jedoch nicht bloß Konsument:innen von Informationen zum Klimawandel. Sie bringen sich in Debatten ein, beziehen Position und teilen ihren Sorgen und Ängste bezüglich der Folgen der Erderwärmung. Sie bekennen sich in ihren Profilbeschreibungen selbst als Klima-Aktivist:innen, liken oder teilen Inhalte von Nicht-Regierungs-Organisationen oder bringen sich aktiv in Kommentarspalten ein.

Von legitimer Kritik bis Hass: Klimaaktivismus als Reizthema

Die untersuchten Reaktionen auf Posts der Klimaaktivist:innen zeigen: Das Thema Klimawandel und insbesondere die Klimaproteste werden online kontrovers diskutiert. Neben Zuspruch und Solidaritätsbekundungen finden sich auch Gegenreaktionen in großer Bandbreite. Von Kritik an den Protestmethoden, über Leugnungen des Klimawandels bis hin zu Hasskommentaren.

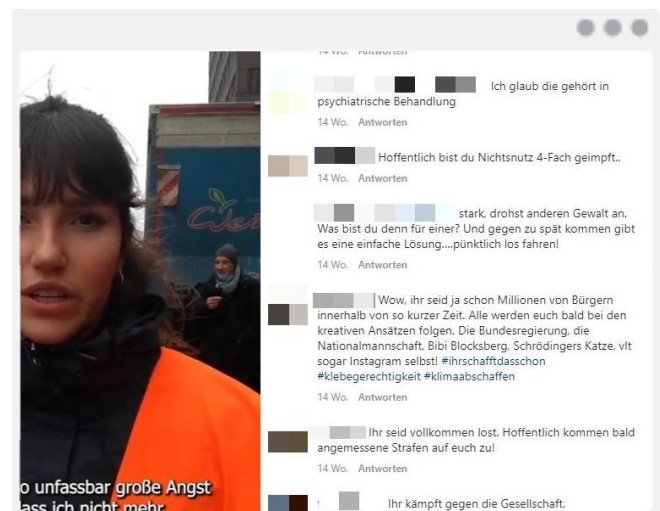
Insbesondere Protestaktionen rufen als Reizthema vehemente Meinungsreaktionen hervor. Sinn und Rechtmäßigkeit von „Klimakleber“-Aktionen, mit denen v. a. der öffentliche Straßenverkehr gestört wird, werden hitzig diskutiert und unterschiedlich bewertet. Die Mitbegründerin und Sprecherin der Protestgruppe „Letzte Generation“ Carla Hinrichs wurde etwa im Zuge ihrer Beteiligung an einer Straßenblockade vor Gericht wegen Nötigung verurteilt. Zudem wurde ihr und anderen Mitgliedern der „Letzten Generation“ die Bildung einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen, was in der Öffentlichkeit auch stark kritisiert wurde. Generell stellt sich in dem Kontext die Frage nach der Legitimität der Mittel zur Durchsetzung politischer Forderungen. So verknüpft die „Letzte Generation“ den Kampf gegen den „Klimakollaps“ mit u. a. wirtschafts-, verkehrs- und regierungspolitischen Forderungen, wenn sie Tempolimits auf Autobahnen oder die Einsetzung eines „Gesellschaftsrats“ fordert.

Kritische Kommentare in Online-Diskursen fallen angesichts dieser Kontroversen häufig sehr überspitzt und emotional aus. Niedrige Hemmschwellen im

Netz mögen das noch verstärken. Natürlich können auch harsche Äußerungen unter Posts prominenter Klimaaktivist:innen von der Meinungsfreiheit gedeckte Kritik darstellen. Jedoch muss hier im Einzelfall eine Abwägung zwischen den betroffenen Rechtsgütern erfolgen. Diese sind neben Meinungsfreiheit auch Persönlichkeitsrechte und der Schutz von Kindern und Jugendlichen. Schmähkritik, Formalbeleidigungen und Angriffe auf die Menschenwürde sind stets unzulässig.

„Krank“ und „unreif“: Aktivist:innen als politisch Unmündige dargestellt

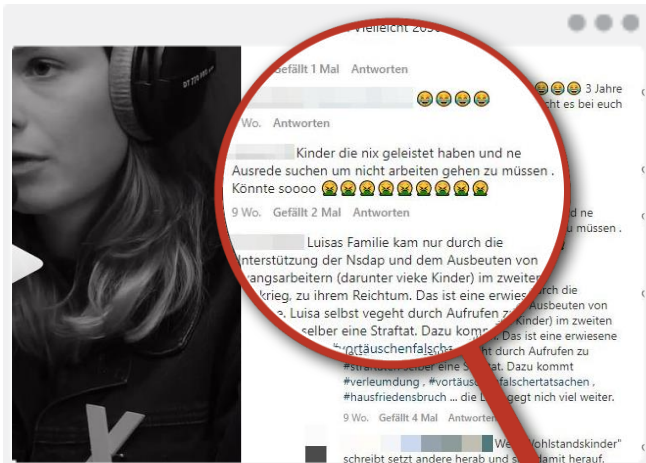
Zahlreiche Kommentare stellen Klimaprotestler:innen wegen ihrer Haltung und ihres Engagements als unzurechnungsfähig oder unreif dar. Sie werden im Einzelnen wie in der Gesamtheit etwa als „geisteskrank“ abgetan und ihnen wird nahegelegt, sich in psychiatrische Behandlung zu begeben.



Den Klimaaktivist:innen wird in Kommentaren häufig eine psychische Störung unterstellt.
(Quelle: Instagram, carla hinrichs.; Original unverpixelt)

Zudem finden sich Reaktionen, die ihnen hinsichtlich ihres Alters oder ihrer vermeintlichen sozialen Herkunft Ahnungslosigkeit, Realitätsferne und damit mangelnde Einsicht und Meinungsfähigkeit zuschreiben. So werden die Klima-Influencer:innen beispielsweise als „Gören“ diffamiert.

Sie sollten zunächst einmal arbeiten gehen und das „wahre Leben“ kennenlernen, anstatt vermeintlich auf Kosten der Eltern zu leben und aus dieser komfortablen Lebenssituation heraus Forderungen zu stellen, deren auch wirtschaftliche Folgen sie nicht abschätzen könnten.



Infantilisierung von Klimaaktivist:innen als unreife Kinder, die noch nichts im Leben geleistet hätten.
(Quelle: Instagram, luisaneubauer; Original unverpixelt)

Aus Kinder- und Jugendschutzperspektive sind solche unsachlichen Äußerungen fragwürdig: Jungen Menschen wird pauschal abgesprochen, sich kritisch eine Meinung bilden und berechtigterweise am demokratischen Diskurs beteiligen zu können. Sichtweisen und Forderungen, die geteilt werden bzw. die eigenen Ängste widerspiegeln, als „geisteskrank“ abgestempelt zu sehen, kann Gefühle der Minderwertigkeit und des Ausschlusses erzeugen. Zudem zeigt sich darin ein undemokratisches gesellschaftliches Verhalten, da abweichende Meinungen bzw. Menschen, die diese vertreten, stigmatisiert werden.

Geschlechterbezogener Hass: Frauen werden abgewertet

Die bekanntesten Gesichter der Klimabewegung in Deutschland sind zum überwiegenden Teil junge Frauen. Diese sind auch in anderen Kontexten in besonderer Weise von Hass im Internet betroffen: Gesellschafts- oder parteipolitisch engagierte Frauen werden immer wieder Ziel von misogynen Diffamierungs- und Hasskampagnen¹. Auch im Rahmen dieser Recherche stieß jugendschutz.net auf sexistische und frauenfeindliche Abwertungen in Kommentarspalten.

Dies etwa als Frage danach, ob und wann man die Aktivistinnen bei „OnlyFans“ – einer Plattform, über die User:innen vorwiegend erotische und pornografische Exklusiv-Inhalte verbreiten – oder im „Playboy“ finden könne. Auch anzügliche Kommentierungen ihres äußerlichen Erscheinungsbildes finden sich immer wieder.² Zudem wird das Klimaschutzengagement frauenfeindlich abgewertet: Lediglich sexuelle Frustration stecke hinter dem Aktivismus oder komme darin zum Ausdruck. Bisweilen finden sich sogar sexuelle Gewaltfantasien in den Kommentarbereichen.



Klimaaktivistinnen wird nahegelegt, erotische oder pornografische Inhalte zu publizieren (etwa auf der einschlägigen Plattform OnlyFans), statt sich politisch zu engagieren.
(Quelle: Twitter, @Luisamneubauer; Original unverpixelt)

¹ Vertiefende Einblicke in das Phänomen „[Sexistische digitale Gewalt](#)“ bietet der gleichnamige Artikel von HateAid.

² Siehe hierzu auch den Abschnitt zu jugendaffinen Content-Creator:innen als Zielscheibe sexuell-belästigender Kommentare im jugendschutz.net-Report [Sexuell belästigende Kommunikation in Social Media](#).

Kein genderbezogener Hass auf Klimawandel-Posts hin fand sich dagegen bei Maurice Conrad. Zwar bezeichnet sich Conrad offen als non-binär, setzt sich für mehr Toleranz ein und erhält entsprechende queerfeindliche Kommentare³. Gemäß der im Zuge der Recherche gesichteten Beiträge dienen diese jedoch selten dazu, ihn in seinem Klimaschutzengagement herabzuwürdigen oder einzuschüchtern.

Verschwürungsmythen und Desinformationen verbreitet

Während der Recherche ließ sich beobachten, dass User:innen als Reaktion auf Ausgangsposts von Klimaaktivist:innen den menschengemachten Klimawandel entgegen dem vorherrschenden wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Konsens leugnen. Es habe schon immer Perioden der Erderwärmung gegeben, der Mensch habe darauf keinen Einfluss, so der Tenor vieler Kommentare. Vermeintlich belegt werden solche Äußerungen mit Verweisen auf oder Verlinkungen von pseudowissenschaftlichen Quellen. Die Akteur:innen der Klimabewegung werden hingegen als „hysterisch“ oder wahnhaftige „Endzeitsekte“ betitelt.



Klimaaktivist:innen werden als Marionetten dunkler Mächte gezeichnet, die im Hintergrund die Fäden ziehen – wofür hier das World Economic Forum (WEF) steht⁴. (Quelle: Twitter, @Luisamneubauer; Original unverpixelt)

Daneben wird über pseudo-kritische, verschwörungsgläubige Fragen und Vermutungen, etwa zur Finanzierung der Gruppenaktivitäten, die Klimabewegung als Werkzeug finsterner, im Hintergrund wirkender Mächte dargestellt. Häufig wird über eine geheime Finanzelite spekuliert, die die gesamte Weltbevölkerung unterjochen will. Aus vielfältigen Verschwörungserzählungen bekannte Namen und Organisationen wie George Soros oder das Weltwirtschaftsforum (WEF) mit seiner Initiative des „Great Reset“ werden immer wieder genannt. So finden sich auch Anschlusspunkte zu aktuellen und althergebrachten antisemitischen Verschwörungsmaythn⁵.



In vielen Kommentaren wird der Klimawandel geleugnet oder gar als erfundenes Instrument zur Unterdrückung der Weltbevölkerung umgedeutet.

(Quelle: Twitter, @GretaThunberg; Original unverpixelt)

³ Mehr zu Hass, Hetze und Gewalt gegen LGBTQ* im Netz im Report [Queerfeindlichkeit online](#).

⁴ Zum Weltwirtschaftsforum als Gegenstand von Verschwörungsmaythn siehe: <https://www.belltower.news/weltwirtschaftsforum-und-verschwuerungsideolegen-145413/>

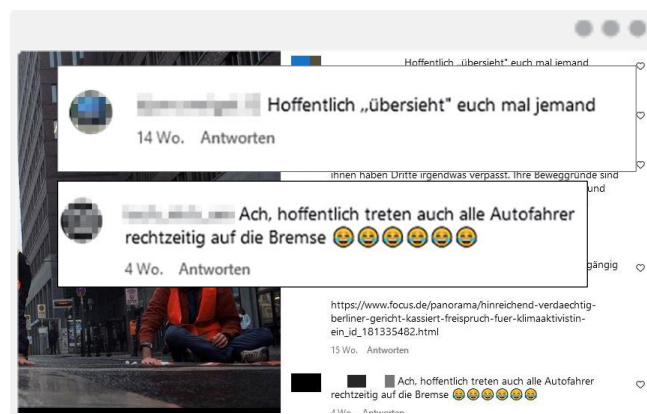
⁵ Einen Überblick zu Verschwörungsmaythn, ihrer Ausgestaltung und Funktionsweise bietet der Artikel [„Was sind Verschwörungstheorien?“](#) auf [hass-im-netz.info](#).

Jungen Nutzer:innen mögen „alternative Fakten“ und abwegige Sichtweisen zu Klimawandel und Klima-protesten zumutbar sein. Das selbst, wenn damit verlässlicher Informationsquellen infrage gestellt und journalistische oder wissenschaftliche Gütekriterien als wichtige Grundlage eigener Meinungsbildung untergraben werden. Die Grenze zur Beeinträchtigung oder sogar Gefährdung Jugendlicher kann jedoch überschritten werden. So etwa, wenn Teile der Bevölkerung verleumdet werden und zum Hass gegen sie aufgestachelt wird. Zudem besteht die Gefahr, dass Kinder und Jugendliche auf weitere verschwörungs-ideologische und rechtsextreme Angebote weitergeleitet werden. Dort können sie sich mit drastischen, verunsichernden Inhalten konfrontiert sehen, die irreführend, ängstigend, demokratie- und menschenfeindlich sind.

Terrorismusvergleiche und Gewalt gegen Aktivist:innen

Immer wieder werden Aktivist:innen auch als „Terrorist:innen“ bezeichnet und Klimagruppen mit bekannten Terrororganisationen wie der Roten Armee Fraktion oder den Taliban gleichgesetzt – und dadurch mit Gewalttäter:innen, die gezielt Menschen aus ideologischen Beweggründen getötet haben bzw. töten. Ungeachtet der Debatte, ob oder in welcher Hinsicht etwa die „Letzte Generation“ extremistisch sei oder nicht⁶, wird Klimaaktivismus mit Militanz und Demokratiefeindlichkeit assoziiert und damit als Gefahr gezeichnet. Junge Menschen, die den Anliegen und Protestformen positiv oder zumindest aufgeschlossen gegenüberstehen, fühlen sich in ihren Sichtweisen und ggf. Sympathien angesichts einer solchen Polarisierung womöglich im abfälligen Sinne als „radikal“ oder gar „extremistisch“ gebrandmarkt.

⁶ Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) sah im Mai 2023 die Aktionen der „Letzten Generation“ unter Umständen als strafrechtlich relevant, aber nicht als Fall für den Verfassungsschutz (s. „[Haldenwang: Kein Verständnis für strafrechtlich relevante Proteste](#)“, abgerufen 27.07.2023). Eine versuchte Beeinflussung von Klimaprotesten durch Linksextremist:innen generell, um u.a. sie zu radikalisieren und ihre eigenen Positionen einzubringen, stellte das BfV in seinem [Verfassungsschutzbericht 2022](#) (S. 142) fest.



Anführungszeichen und sarkastische Emojis: Kommentator:innen deuten ihre Hoffnung an, dass Klimaaktivist:innen überfahren werden.
(Quelle: Instagram, carla_hinrichs_; Original unverpixelt)

Mehr noch als dass der Klimabewegung Gewaltpotenzial unterstellt wird, finden sich in den Kommentarbereichen bei „Klima-Influencern“ Hasskommentare, die Gewalt gegen die Aktivist:innen verharmlosen, befürworten oder gar propagieren.

Die beobachteten Kommentare mit Gewaltbezug beziehen sich größtenteils auf sogenannte „Klimakleber“ bzw. Carla Hinrichs als eines der bekanntesten Gesichter der „Letzten Generation“. Die meisten bleiben dabei in der Formulierung vage. Es bleibt beispielsweise uneindeutig, auf welche Handlungen oder Personen sich bezogen wird. Oder Gewaltfantasien werden mit „ironischen“ Formulierungen und Anspielungen kaschiert.

So kommentieren beispielsweise einige User:innen Videos auf TikTok: „Ich halte mein Lenkrad gerade und fest“ und spielen damit auf eine Frage zur Reaktion auf drohende Tierunfälle in der theoretischen Führerscheinprüfung an. Derartige Kommentare lassen Interpretationsspielraum, setzen aber auf das geteilte Verständnis Gleichgesinnter.



Neben Anspielungen finden sich drastische Gewaltfantasien in den Kommentarbereichen, die gegen Bestimmungen des Jugendmedienschutzes verstoßen.
(Quelle: Instagram, carla_hinrichs_; Original unverpixelt)

Andere Kommentator:innen posten hingegen unverhohlene Gewaltfantasien. Hier wird den Aktivist:innen gewünscht, dass sie von Autofahrer:innen verprügelt und malträtirt oder gar direkt überfahren und getötet werden. Auch Aufrufe, sich zusammenzuschließen und als „Bürgerwehr“ für vermeintliche Ordnung auf den deutschen Straßen zu sorgen, fanden sich. Gewaltvolle Maßnahmen werden nicht zuletzt als angebliche Notwehr gegen vermeintliche „Klimaterroristen“ gezeichnet und so legitimiert.

Hasskommentare oft im Bereich zulässiger Meinungsäußerungen

Gerade im Kontext gesellschaftlich kontrovers diskutierter Themen finden sich immer Äußerungen, die polemisch, besonders scharf oder gar hasserfüllt ausfallen. Dabei gilt es immer das Recht auf freie Meinungsäußerung gegen den Jugendschutz abzuwägen. Auch wenn sich Betroffene selbst ggf. zivilrechtlich gegen herabsetzende Äußerungen wehren können und diese im Einzelfall strafrechtlich relevante Beleidigungen darstellen können, führt dies nicht automatisch zu einem jugendmedienschutzrechtlichen Verstoß.

jugendschutz.net registrierte während der Recherchen in sechs Fällen offensichtlich schwer jugendgefährdende sowie entwicklungsbeeinträchtigende Verstoßinhalte. In einem Fall mit deutschem Verantwortlichen ist ein Aufsichtsverfahren über die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) in Arbeit. In den übrigen fünf Fällen wurden die Inhalte durch nicht identifizierbare User:innen über Instagram verbreitet und nach einer Meldung durch jugendschutz.net entfernt.

Weitere Kommentare fielen zwar teils drastisch aus, blieben aber mit Blick auf die Wirkung auf Kinder und Jugendliche im Bereich des Zulässigen. Selbst dort, wo es potentiell um Gewaltbefürwortung als Mittel der politischen Auseinandersetzung ging, blieben die Kommentator:innen häufig so vage oder mehrdeutig, dass die Möglichkeit weiterer Lesarten als relativierender Faktor berücksichtigt werden muss.

Betroffene schützen, Kindern und Jugendlichen Teilhabe ermöglichen

Auch jenseits einer konkreten entwicklungsbeeinträchtigenden oder jugendgefährdenden Wirkung einzelner Beiträge können sich von Hass und Herabsetzung geprägte Online-Diskussionen negativ auf Kinder und Jugendliche auswirken. Dies gilt insbesondere, wenn es um drängende und auch stark emotionale Themen wie den Klimawandel, dessen katastrophale Folgen und präventive Maßnahmen geht.

Gerade auf jugendaffinen Social-Media-Diensten erleben junge Menschen eine Debatten- und Streitkultur, die grundlegende soziale Wertevorstellungen beeinflusst. Eine vergiftete Atmosphäre im Austausch etwa über politische Probleme steht Entwicklungszielen wie der Achtung anderer Personen und Meinungen ebenso entgegen, wie es junge Menschen von der demokratischen Teilhabe im Netz abhalten kann. Junge Menschen laufen selbst Gefahr, aufgrund eigener Äußerungen zu Klimawandel und -protesten von Hass und Hetze betroffen zu sein.



Die Vielzahl an Hasskommentaren kann so dazu führen, dass junge Menschen sich aus Angst nicht oder nicht mehr an Online-Diskursen beteiligen und ihre Teilhabemöglichkeiten somit eingeschränkt werden.

Um diesen negativen Effekten entgegenzuwirken, bedarf es eines nachhaltigen und konsequenten Vorgehens seitens der Diensteanbieter gegen jugendmedienschutzrechtliche Verstöße. Diensteanbieter tragen hier eine wesentliche Verantwortung, junge Menschen zu schützen. Neben dem Löschen von Hass-Inhalten und dem Sperren von Accounts, die solche verbreiten, können mittels zuverlässiger Informationsquellen Falschinformationen und Verschwörungsmethoden entgegengewirkt werden. So verlinkt YouTube unter einigen Posts und Videos zum Klimawandel auf ein Informationsportal der Vereinten Nationen. Facebook betreibt sogar [ein eigenes Angebot](#) mit gebündelten Informationen. Notwendig ist jedoch auch die leichte Auffindbarkeit bzw. die zielgerichtete Verlinkung solcher Quellen. Eine klare Systematik konnte in der Recherche jedoch nicht festgestellt werden.

Nicht zuletzt können Social-Media-Nutzer:innen selbst dazu beitragen, ein respektvolles Miteinander im Netz zu ermöglichen. Dies etwa, indem sie Hasskommentaren respektvoll, aber klar widersprechen, sich mit Betroffenen solidarisieren und so zeigen, dass auch ein anderer Umgang möglich, wenn nicht die Anstandsnorm ist. Communitys, welche sich derart in die Kommentarbereiche einbringen und hier aktiv Gegenrede betreiben, verdeutlichen still mitleidenden jungen User:innen: Es existieren auch andere Perspektiven und man ist nicht alleine.

Auf den Social-Media-Präsenzen der Aktivist:innen mit besonders großer Follower:innenzahl zeigte sich immer wieder ein solcher positiver Gemeinschaftssinn. Projekte für mehr Zivilcourage im Netz bieten hier Informationen und Hilfestellung, z. B. die EU-Initiative [klicksafe](#); auch gibt sie Tipps, was aktive Gegenrede leisten kann und wie User:innen sich selbst schützen können. Von Hass im Netz Betroffene finden zudem Rat und Unterstützung etwa bei der Organisation [HateAid](#).

Weiterführende Informationen



www.jugendschutz.net

Meldemöglichkeiten



www.jugendschutz.net/verstoss-melden

Über jugendschutz.net

jugendschutz.net fungiert als das gemeinsame Kompetenzzentrum von Bund und Ländern für den Schutz von Kindern und Jugendlichen im Internet. Die Stelle recherchiert Gefahren und Risiken in jugendaffinen Diensten. Sie wirkt darauf hin, dass Verstöße gegen Jugendschutzbestimmungen beseitigt und Angebote so gestaltet werden, dass Kinder und Jugendliche sie unbeschwert nutzen können.

Die Jugendministerien der Länder haben jugendschutz.net 1997 gegründet. Die Aufgaben wurden 2003 im Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (JMStV) festgelegt. Die Stelle ist seither an die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) angebunden. 2021 hat der Bund jugendschutz.net als gemeinsamem Kompetenzzentrum im Jugendschutzgesetz (JuSchG) ebenfalls eine gesetzliche Aufgabe zugewiesen.

jugendschutz.net wird finanziert von den Obersten Landesjugendbehörden, den Landesmedienanstalten und gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Verstöße im Netz können gemeldet werden unter: <https://www.jugendschutz.net/verstoss-melden>

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**



Kommission für
Jugendmedienschutz

die
medienanstalten



Kofinanziert von der
Europäischen Union

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Kontakt

jugendschutz.net
Bahnhofstraße 8a, 55116 Mainz

Inhaltlich verantwortlich

Stefan Glaser
Bahnhofstraße 8a, 55116 Mainz

